

Nay zur Demokratie

Von Urs Paul Engeler — Mit einer Initiative wollten alt Bundesrichter Giusep Nay und seine Anhänger die Bürgerrechte beschränken. Weil die Angst vor dem Volk die Gegner der direkten Demokratie leitet, treiben sie ihr Projekt in Berner Hinterzimmern heimlich voran.



Frustrierter Alt-Bundesrichter: Giusep Nay.



Kopftuchträgerinnen-Anwalt: Daniel Vischer.



Bezahlter Weltenbummler: Andi Gross.



Nationale Säulenheilige grüssen die anwesende Kleingruppe: Treffen der Initianten in Solothurn.

Zu berichten ist von einer mehrfachen Enttäuschung. Angekündigt war ein Ereignis von historischer Bedeutung: die Lancierung einer Volksinitiative gegen Volksinitiativen. Passiert ist jedoch nichts, zumindest nicht an der Oberfläche. Das Häufchen von, gut gezählt, achtzig Leuten – zum kleineren Teil jugendliche Schwärmer, in der Mehrzahl ältere Dauerbesorgte – verlor sich am Samstag im grossen Saal des Solothurner Landhauses, der für Veranstaltungen mit 500 bis 600 Personen ausgelegt ist und 900 Franken Miete kostet (ohne die drei Annexräume für die «Ateliers», in denen die Gleichgesinnten sich spüren und weiter einen konnten).

Das Klassentreffen der Verlierer vom Club Helvétique bis zum obskuren, staatlich finanzierten Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten (FIMM) ist schlecht besucht. Vom Podium grüssen die nationalen

Säulenheiligen gegen die verhassten Volksinitiativen für Verwahrung, Unverjährbarkeit, Minarettverbot und Ausschaffung. Es sind dies: Giusep Nay (CVP), Alt-Bundesrichter mit dem unbewältigten Frust, von der SVP als Schweizer Vertreter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verhindert worden zu sein; Kurt Fluri (FDP), gastgebender Stadtpräsident und als Nationalrat Mitorganisator der Abwahl von SVP-Bundesrat Christoph Blocher und der Opposition gegen Ueli Maurer (SVP); Andi Gross, SP-Nationalrat und staatlich bezahlter Weltenbummler; Daniel Vischer, grüner Nationalrat und Kopftuchträgerinnen-Anwalt; sowie Guy Krneta, Polit-Schriftsteller, der die «Zensur» und «Propaganda» in der «vergifteten» Schweiz beklagt und das Forum mit der Rezitation seines kunstvollen Textes zum 1. August («Land der Arschlöcher») begeistert. Ein Auszug:

«Da wo ich lebe, gibt es viele Arschlöcher. Ich begegne ihnen jeden Tag. Sie parken mit ihren Lieferwagen auf dem Velostreifen. Sie biegen ab, ohne den Blinker zu betätigen. Sie drücken bei Gelb aufs Gaspedal. Oft haben sie ein Handy am Ohr. Wenn ich mit den Kindern am Fussgängerstreifen stehe, rast fast jedes Mal ein Arschloch vorbei. Ich erkläre den Kindern, dass sie Vortritt haben, dass es ihnen aber nichts nützt, wenn sie von einem Arschloch überfahren werden. Viele Arschlöcher, stelle ich fest, sind Autofahrer. Viele Arschlöcher sind Männer. Viele Arschlöcher sind Handy-Besitzer. Es gibt alte Arschlöcher und junge Arschlöcher. Gelegentlich gibt es auch Frauen. Ich habe begonnen, auf die Nummernschilder zu achten. Viele Arschlöcher, stelle ich fest, wohnen nicht in der Stadt.» Und so weiter.

Die besseren Menschen, unter ihnen auch der unvermeidliche Georg Kreis, Europa-Professor und Präsident der Antirassismuskommision, machen sich darauf Gedanken, wie

sie nicht nur die generelle «Tendenz zur Verschärfung des Strafrechts» (Kurt Fluri) umkehren, sondern vor allem Volksinitiativen abwürgen können, die solches überhaupt möglich machen und ihren Vorstellungen von den Menschenrechten widersprechen.

Im Vorfeld hatte Giuseppe Nay via *Tages-Anzeiger* ein dreistufiges Verfahren angekündigt, um missliebige Initiativen wie jene gegen den Bau von Minaretten verhindern zu können. Kern des nayschen Konzepts ist die Erweiterung der Gründe, um Volksbegehren von oben für ungültig zu erklären: Tangiert eine Initiative die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) oder andere Prinzipien, muss sie gestoppt werden, zuerst von den Beamten der Bundeskanzlei, dann vom Parlament und abschliessend von einem gutmenschlichen Expertengremium, einer Art weltlichem Wächterrat mit unwiderruflichen Befugnissen.

Wächterrat soll das letzte Wort haben

So verwerflich der Ersatz der direkten Demokratie durch die Herrschaft der Autoritäten wäre, so lobenswert ist der Weg zu dieser Systemveränderung, den Alt-Richter Nay propagiert hat. Die Begrenzung des Schweizer Initiativrechts sollte durch eine Initiative, lanciert durch ebendiese «Landhausversammlung», erreicht werden, also auf durchaus basisdemokratischem und korrektem, öffentlichem Weg.

Jeden echten Demokraten beflügelt die Aussicht auf diese brisante Debatte. Allerdings wird aus dieser Vorfreude nichts. Zwar verbreitete das Forum per Communiqué den mageren Satz, «die Vorbereitungen einer entsprechenden Volksinitiative voranzutreiben». Doch die schwammige Deklaration dient nur der Täuschung, der Verschleierung der wirklichen Pläne.

Bereits der Blick auf die versammelte Kleingruppe zeigt, dass diese unfähig ist, die nötigen gut 100 000 Unterschriften beizubringen, auch wenn SP-Nationalrat Andi Gross künstlich «eine Bewegung wie seinerzeit bei der Gründung der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)» zu beschwören versucht. Und die Erfahrungen mit den überaus erfolgreichen verpönten Verwahrungs-, Unverjährbarkeits- und Anti-Minarett-Initiativen lassen nur den einen Schluss zu: Die Bürger werden sich an der Urne nicht selbst entmachten. Eine Initiative gegen Initiativen hätte keine Chance (sofern nicht eine Instanz Nein-Stimmen für unzulässig erklärt...). Also schleichen die Feiglinge vor dem Volk, die ihre Schwäche kennen, sich hinter die Kulissen.

Aus dem Bundeshaus, so weihte Gross die Landhaus-Gemeinde ein, gebe es nämlich eine erfreuliche Entwicklung, ja «eine Sternstunde» zu vermelden. Nicht nur habe kürzlich ein Vorstoss von SVP-Nationalrat Ulrich Schlür

(ZH) abgewehrt werden können, der die Vorbehalte gegen Initiativen auf den engsten Bereich des Völkerrechts (Folter, Völkermord, Angriffskrieg und Sklaverei) beschränken wollte. Nach der Debatte sei sogar ein «vernünftiger SVPLer, auch die gibt es» (kleine Heiterkeit) auf ihn zugekommen, um mitzuhelfen, der EMRK (und wohl auch beliebigen weiteren internationalen Normen) den Vorrang vor Volksinitiativen zu geben.

Stimmen nicht zählen, sondern wiegen

Bald sind die linken Antidemokraten so weit, wie es die rechten Antidemokraten vor siebzig Jahren waren. Der Ausspruch des rechtsbürgerlichen Aargauer Nationalrats Eugen Bircher, Begründer von Bürgerwehren und Arzt an der deutschen Ostfront, ist die Losung jeder Elite: «Die Stimme muss gewogen, nicht gezählt werden, anstelle des Proporz der Quantität muss der Proporz der Qualität treten.» Das Gütesiegel erhält, wer sich der gewünschten Gesinnung beugt.

Tatsächlich trifft eine informelle, sich selbst genügende und namentlich nicht genannte Gruppe von Parlamentariern sich derzeit in den Berner Hinterzimmern, um dieses Projekt voranzutreiben. Wobei die Anonymität und Geheimnistuerei nicht einmal die schlimmsten Aspekte der Operation sind. Besonders perfid ist, dass die neuen Sperrriegel gegen nicht genehme Volksentscheide nicht mehr in der Verfassung festgeschrieben werden sollen, was eine automatische Abstimmung (mit Volks- und Ständemehr) zur Folge hätte. Die Bestrebungen der unheimlichen Unpatrioten gehen dahin, die antidemokratischen Verbote lediglich ins Gesetz über die politischen Rechte einzufügen.

Den Katalog der Initiativ-Verbote könnte die Mitte-links-Mehrheit des Parlaments demnach selbst aufsetzen. Die letzten Demokraten, die sich gegen ihre Entmündigung wehren wollen, müssten gegen das Maulkorb-Dekret aus Bern das Referendum ergreifen. Und die Kantone wären ausgeschaltet, da kein Ständemehr erforderlich wäre.

Bisher sperrte sich die Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf gegen solche Initiativ-Keulen. Ganz offen erklärten die Landhaus-Chefs am Samstag, dass mit der neuen Chefin des Departements, der Sozialdemokratin Simonetta Sommaruga, sich der politische Wind zügig drehen werde.

SP-Nationalrat Gross rechnete den paar Dutzend Getreuen vor, die gekommen waren, um eine mutige Volksinitiative zu formulieren und zu lancieren: «Mit einer Initiative haben wir höchstens eine Chance von 10 bis 15 Prozent. Der parlamentarische Weg verspricht zu 80 Prozent Erfolg.» Und Giuseppe Nay, der die Anti-Initiative angesagt hatte, meinte nach dem Treffen: «Das Parlament kann das schneller und einfacher machen.» ○

Personenkontrolle

Zopfi, Wyler, Stocker, Meyer, Jositsch, Maurer, Mörgeli, Widmer-Schlumpf, Mauch

Das *WW-Magazin* (*Who is Who in Zürich*) hat in seiner neusten Ausgabe, die am 4. November in den Verkauf kommt, die Prix-Courage-Trägerinnen Esther Wyler und Margrit Zopfi in den Klub der 200 einflussreichsten Zürcher aufgenommen. Sozialvorsteherin Monika Stocker (Grüne) hatte die beiden Controllerinnen im Herbst 2007 entlassen, weil sie die Misswirtschaft in ihrem Amt publik gemacht hatten. Ein halbes Jahr später musste Stocker selber gehen, und das *WW-Magazin* warf sie aus den Charts. Die Jury hat auch heuer den Promi-Olymp wieder tüchtig aufgemischt: Dem Vernehmen nach mussten im Bereich Politik unter anderen Regierungsrätin Regine Aepli (SP), die Nationalräte Daniel Jositsch (SP), Christoph Mörgeli (SVP) und Mario Fehr (SP) sowie Bundesrat Ueli Maurer (SVP) über die Klinge springen. *WW-Herausgeber Eugen Baumgartner* mochte dazu keine Stellung nehmen, verriet aber, dass es Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) dieses Jahr noch einmal geschafft habe, «aber nur ganz knapp». (axb)

Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) ist übers letzte Wochenende nach Moskau gereist, unter anderem zwecks «Erfahrungsaustausch im Bereich des Strafvollzugs». Da drängt sich natürlich die Frage auf, was wir von den Russen in dieser Branche lernen könnten. Steht etwa der Bau eines kleinen Gulags im «schweizerischen Sibirien», La Brévine, als direkte Antwort auf die Ausschaffungsinitiative bevor? Amtschef Michael Leupold gibt Entwarnung. Beeindruckt habe ihn vor allem das Ziel der Russen, Prozesse innert Jahresfrist durch drei Instanzen abschliessend zu erledigen. In dieser Hinsicht könnte unsere Justiz tatsächlich noch viel dazulernen. (axb)

Ringier-Chefpublizist Frank A. Meyer, 66, befindet sich auf dem besten Weg zur Altersweisheit. Im *Sonntagsblick* liess er sich zum Thema «Schläger und Raser mit Migrationshintergrund» von seinem Adlaten Marc Walder Sätze entlocken, die von einem SVP-Hardliner stammen könnten: «Ich gebe Ihnen recht – denn so erleben es die Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz. Es ist die Realität: in Zürich, in Bern, in Biel und sogar in vielen Dörfern. Wir brauchen nur die Namen der Täter zu lesen, wenn sie nicht aus Gründen der Political Correctness verschwiegen werden: Namen vom Balkan und aus dem Nahen Osten.» Und zur Frage der Ursachen: «Für diese gefährliche Entwicklung tragen die Schönredner aus Publizistik und Politik grosse Verantwortung.» (upe)